

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

18.7.1884 (No. 169)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 18. Juli.

№ 169.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 66 Pf.
Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Eindrucksgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter'm 26. Juni d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem bisherigen Großherzoglichen Konsul Schreyer in Stettin das Eichenlaub zum innehabenden Ritterkreuz erster Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 8. Juli d. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Oberamtsrichter Eduard Schütz in Bruchsal das Eichenlaub zum innehabenden Ritterkreuz erster Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 11. Juli d. J. gnädigt geruht, auf 1. Septbr. d. J. den Oberlandesgerichts-Rath Karl Eiselein zum Landesgerichts-Direktor in Waldshut, den Landesgerichts-Rath Ludwig Schember in Freiburg zum Oberlandesgerichts-Rath und den Oberamtsrichter Reinhold Baumstark in Achern zum Landesgerichts-Rath in Freiburg zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 12. d. Mts. gnädigt geruht, den Oberförster Wilhelm Fischer in Emmendingen auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, auf 1. Oktober d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

Durch Entschließung Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 12. Juli l. J., Nr. 12279, ist Ingenieur I. Klasse Wilhelm Caroli in Offenburg der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbauwesens zur Verwendung als Hilfsarbeiter beim Centralbureau für Meteorologie und Hydrographie zugetheilt worden.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 17. Juli.

Ein kurzes Telegramm meldete gestern aus Aden, der dortige englische Resident habe sich mit zwei Kanonenbooten nach Berbera begeben, um von dem Orte für England Besitz zu nehmen. Berbera liegt gegenüber Aden an der afrikanischen Küste und gehört ebenso wie das nördliche, gleichfalls noch am Meerbusen von Aden gelegene Zeylah zu Egypten. Die bloße Thatsache — so bemerkt hiezu die „Frk. Ztg.“ — daß ein Ort für den Handel eine gewisse Bedeutung hat und Kriegsschiffen zugänglich ist, — dies trifft sowohl für Berbera wie für Zeylah zu — scheint zu genügen, um John Bull ein Recht zu geben, seine Hand darauf zu legen. Wahrscheinlich werden wir bald hören, daß die Einwohner von Berbera und Umgebung, die sonst so schwer zu bezähmenden Somali's, unter Führung einiger Engländer oder anderer Fremden um englischen Schutz gebeten haben; natürlich wird der Scheich seine Zustimmung zu dem uneigennütigen Verfahren der Engländer geben und letztere werden ohne Zweifel versichern, daß es sich bei Berbera ebensowenig wie bei Suakin und Massauah um eine dauernde Besitzergreifung handle. Das Verfahren der englischen Regierung verdient in diesem Falle um so mehr Beachtung, als es offenbar durch die Politik der Italiener und Franzosen veranlaßt worden ist. Erstere haben vor kurzem in Assab, am Südbende des Rothen Meeres, Fuß gefaßt und letztere in Doh, an der Bai von Tadschurra, gegenüber Aden, ein altes Besitzrecht wieder geltend gemacht. — Diese neuesten Vorgänge an der Ostküste Afrikas bestätigen die Vermuthung, daß es den Engländern bei ihrem Vorgehen in Egypten und am Rothen Meere vielmehr um den Sudan als um Egypten selbst zu thun ist. Der Ruf nach einer Expedition zur Befreiung Gordon's in Khartum, die Verhandlungen mit dem Könige von Abyssinien zum Entsaße der ägyptischen Garnisonen in Kassala und Gallabat, sowie die Besetzung der Häfen am Rothen Meere und am Meerbusen von Aden sollen alle nur dem einen Zweck dienen, dem englischen Handel neue Absatzmärkte zu erschließen. Gegen diesen Zweck selbst ließe sich am Ende nicht viel sagen, allein die Art, wie die Engländer denselben zu erreichen suchen, ist nicht geeignet, die Achtung vor ihnen zu erhöhen. Vor allem sollten sie sich aber hüten, anderen Nationen, welche dieselben Ziele offener und ehrlicher erstreben, mit Verdächtigungen hindernd in den Weg zu treten.

Den Verhandlungen Frankreichs mit China sollte einem gestrigen „Times“-Telegramm zufolge von Seiten des Tsung-li-Yamen ein rasches Ende gemacht sein, indem das chinesische Auswärtige Amt die Vorschläge des Gesandten Patenotre abgelehnt hätte. Angesichts der sonst von China

bewiesenen Zauderpolitik klang die Meldung nicht gerade wahrscheinlich. Sie wird heute auch von der „Agence Havas“ formell dementirt und dem gegenüber die Behauptung aufgestellt, eine Verständigung Chinas mit Frankreich gelte als nahe bevorstehend.

Dem „West. Merkur“ zufolge ist in Rom von Seiten des belgischen Staatsministeriums die amtliche Mittheilung eingetroffen, daß das Ministerium den Kammern sofort nach ihrem Zusammentritt eine Vorlage betreffs Wiederherstellung der belgischen Gesandtschaft beim Pl. Stuhle zu machen gedente. Das ist, wie gesagt, eine amtliche Mittheilung. Vertrauliche Bourparlers hatten in der betreffenden Angelegenheit bereits verschiedentlich stattgefunden; denn mit dem Wahlsieg der Liberalen in der Nationalvertretung verstand sich auch die Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs mit dem Oberhaupte der katholischen Kirche ganz von selbst.

Ueber die weitere Inangriffnahme der socialen Reform sagt die „N.-L. R.“: „In welchem Tempo die socialpolitische Gesetzgebung fortgeführt werden wird, läßt sich zur Zeit nicht übersehen. Nachdem als Frucht der jetzt zu Ende gegangenen Gesetzgebungsperiode das Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetz zu Stande gekommen sind, zeigt sich als weiteres Problem die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter. . . . Niemand wird der Regierung einen Vorwurf machen können, wenn die Fortführung des socialpolitischen Reformwerks sich länger hinauszieht, als man bei den ersten Schritten auf dieser neuen Bahn sich vorgestellt hatte. Die Alters- und Invaliden- und in weiterer Folge die Wittwen- und Waisenversorgung der Arbeiter sind Probleme, welche an Umfang und Schwierigkeit die bisher gelösten Aufgaben unendlich übertreffen. Es dürfte demalen kaum über die allgemeinsten Grundlagen Klarheit bestehen, auf denen der Versuch einer Lösung dieser großen Aufgabe unternommen werden soll. Wenn man bedenkt, daß es dreijähriger Arbeit und wiederholter neuer Anläufe bedurft hat, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, welche sich der Verständigung über das Unfallversicherungs-Gesetz in den Weg stellten, so wird man nicht hoffen können, daß die weit schwierigere Aufgabe der Alters- und Invalidenversorgung gleich im ersten Anlauf und in raschem Fluge vollendet wird. Gleichwohl zweifeln wir nicht an einer befriedigenden Lösung auch dieses Problems in der bevorstehenden Gesetzgebungsperiode. Es war das Erstreblichste an der Verständigung über das Unfallversicherungs-Gesetz, daß dasselbe nicht allein durch eine Enappe, unsichere konservativ-liberale Mehrheit, sondern durch eine große, auch den gemäßigten Liberalismus in sich begreifende, nur die äußerste Linke ausschließende Mehrheit zu Stande gekommen ist. Die sociale Reform ist damit den politischen und Parteistampfen so viel wie möglich enttrübt; es hat sich ergeben, daß eine überwältigende Mehrheit des Reichstags entschlossen ist, an der socialen Reform positivistisch mitzuarbeiten und sie aus der Sphäre enger Parteipolitik möglichst herauszuheben. Es ist ganz undenkbar, daß in dieser Hinsicht der nächste Reichstag einen andern Charakter zeigen sollte. Wir sind vielmehr überzeugt, die prinzipiellen oder thatsächlichen Gegner positiver Socialreform werden im nächsten Reichstag noch mehr zusammen geschwunden sein, als im gegenwärtigen. Sie haben in dieser, wie in vielen andern Fragen den Geist der Zeit und die Stimmung des Volks nicht mehr für sich; sie sind verloren, wenn sie sich diesen Aufgaben gegenüber nicht aus der unfruchtbaren Negation emporzuarbeiten vermögen. Ragten schon in der gegenwärtigen Gesetzgebungsperiode die Leistungen der Gesetzgebung auf socialpolitischem Gebiet vor allen andern hervor, so wird die bevorstehende Gesetzgebungsperiode noch mehr durch diese Fragen ihr Gepräge empfangen.“

In Besprechung der Vorgänge in Paris vor dem Hotel Continental bezeichnet es die „Nationalzeitung“ als zu den herkömmlichen Eigenheiten der Pariser Polizei gehörend, dem souveränen Vöbel das Feld für seine Brutalitäten thunlichst zu überlassen. „Die fremden Nationen müssen mehr und mehr darauf verzichten, in Paris die völkerrechtlichen Verpflichtungen und Konventionen beobachtet zu sehen oder dort auf eine Polizeiverwaltung zu zählen, die im Stande oder gewillt ist, den größten Unfug in dieser Beziehung abzuwehren. . . . Es ist nicht ohne Nutzen, daß die Pariser Bevölkerung wieder einmal Deutschland zeigt, wie die Gesinnungen Frankreichs thatsächlich sind. Man ist sehr geneigt, sich in Deutschland darüber Täuschungen hinzugeben: wenn der Friede zwischen Frankreich und Deutschland alljährlich erhalten bleibt, so ist das für die französische Bevölkerung einfach eine Frage der Opportunität.“

„Die Regierung,“ heißt es weiter, „wird zweifellos außerordentlich bedauern, daß es zu solcher Ausdehnung gekommen ist; wir wollen nicht bezweifeln, daß sie zu der Gemüthung bereit ist, wie sie das deutsche Auswärtige Amt zu beanspruchen in der Lage ist. Die französische Regierung und Diplomatie wird uns indessen mit allen ihren friedlichen Versicherungen nicht überzeugen können, daß sie nur gleichsam die spanische Wand ist, hinter der die französische Bevölkerung sich befindet, mit der wir in letzter Reihe zu rechnen haben.“

„Wir halten,“ heißt es zum Schluß, „für ausgeschlossen, daß diese Vorgänge zu einer äußerlichen Störung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen führen. Mit einem Gleichmuth ohne gleichen hat das deutsche Auswärtige Amt bis jetzt alle französischen Herausforderungen behandelt, und es wird sicher diese besonnene Ruhe auch diesmal nicht verleugnen. Wenn Deutschland nicht die Gemüthlichkeit hätte, eine Menge von Dingen nicht zu sehen, die es nicht sehen will, so wäre die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Frankreich überhaupt nicht möglich. Mit dieser fühlenden und vornehmen Politik wird auch der jetzige Zwischenfall zu Ende geführt werden. Den Eindruck, welchen derselbe in Deutschland und auch in Frankreich hervorbringen mußte, zu verwischen, das wird schon schwieriger sein. Wir bemerken dabei, daß die Mißbilligungen Pariser Blätter, welche unangesehen den Haß gegen Deutschland zu säuen pflegen, uns vollständig läßt. Es sind die Mißthätigen, die sich, wie das ja öfters vorkommt, zurückziehen, sobald sie für ihren Theil Verantwortung übernehmen sollen.“

Aus der vor kurzem zum Abschluß gebrachten landwirthschaftlichen Betriebsstatistik für Württemberg, welche aus dem bei der allgemeinen Berufsählung vom 5. Juni 1882 erhobenen Material für das Deutsche Reich bearbeitet worden ist, bringt der württembergische „Staatsanzeiger“ die hauptsächlichsten Daten für Württemberg zur Veröffentlichung: 1) Nach dem Stande vom 5. Juni 1882 befinden sich im Königreich bei 431,572 Haushaltungen 308,118 landwirthschaftliche Betriebe, wovon 200,954 kein gepachtetes Land, 81,805 weniger als die Hälfte und 16,080 mehr als die Hälfte ihrer gesammten Wirtschaftsfäche als gepachtetes Land, sodann 9779 (3,2 Proz.) nur gepachtetes Land bewirtschaften. — Von den gedachten 308,118 Wirtschaften haben Holzland 72,296 (23,5 Proz.) und sind ohne Holzland 235,822. 2) Die gesammte bewirtschaftete Fläche berechnet sich auf 1,281,741 Hekt., worunter 108,942 Hekt. (8,1 Proz.) Bachland. Von dieser Gesammfläche stehen in landwirthschaftlicher Benützung als Acker- und Gartenland, Wiese, reiche Weide, Obstkarten und Weinberg 1,133,500 Hekt., während 107,107 Hekt. aus Holzland und 41,064 Hekt. aus sonstiger Fläche bestehen. Der durchschnittliche Umfang eines Betriebs an landwirthschaftlichem Areal berechnet sich auf 3,68 Hekt. 3) Von den 308,118 Wirtschaften mit landwirthschaftlichem Betrieb haben Nutzviehhaltung 224,186, sind ohne Nutzviehhaltung 83,932, halten insbesondere Großvieh, d. h. Pferde und Rindvieh 199,646, und zwar halten Pferde und Rindvieh 37,311, Pferde, aber kein Rindvieh 1777, Rindvieh, aber keine Pferde 160,558 Wirtschaften; ferner halten überhaupt Schafe 14,152, Schweine 114,503, Ziegen 33,889 Wirtschaften. — Die Anzahl der Wirtschaften, welche Vieh zur Ackerarbeit halten, beträgt sodann 159,794, und zwar halten zur Ackerarbeit Pferde oder Ochsen, aber keine Kühe 50,127, Pferde oder Ochsen und außerdem Kühe 13,676, nur Kühe 95,591 Wirtschaften 4) Was die Größe des Nutzvieh-Standes betrifft, so beträgt die Gesammzahl der Pferde, einschließlich Fohlen, zum Landwirthschafts-Betrieb, auch zur Zucht oder Aufzucht 87,203, wovon 73,406 zur Ackerarbeit dienen; ferner beträgt die Gesammzahl der Stiere und Ochsen einschließlich Kälber 195,784, davon zur Ackerarbeit 76,800, und die Gesammzahl der Kühe einschließlich Kälber 660,069, davon zur Ackerarbeit 228,175. Die Summe der in den landwirthschaftlichen Betrieben gezählten Schafe einschließlich Lämmer stellt sich auf 569,630, diejenige der Schweine einschließlich Ferkel auf 251,749, diejenige der Ziegen einschließlich Lämmer auf 53,760. — Dagegen hat die allgemeine Viehzählung am 10. Januar 1883 für Württemberg ergeben: Pferde überhaupt mit Anschließung der Militärpferde 92,806 St., Rindvieh überhaupt 904,139 St., Schafe 550,104 St., Schweine 292,206 St., Ziegen 54,876 St.

Deutschland.

* Berlin, 16. Juli. Geheimrath Koch ist heute Abend hieher zurückgekehrt. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge sind die meisten in der Presse, namentlich in französischen und englischen Zeitungen zirkulirenden Mittheilungen über angebliche Mittheilungen Dr. Koch's bezüglich der Cholera in Frankreich und deren Abwehr entweder ganz unrichtig oder doch entstellend wiedergegeben, so daß gerathen ist, diese vollständig unzuverlässigen Mittheilungen mit großer Vorsicht aufzunehmen. — In der Presse ist in den letzten Tagen vielfach von der Aufstellung der Herren v. Treitschke und Geh. Rath Dr. Wehrenpennig als Kandidaten für die Reichstags-Wahlen die Rede gewesen. Wie bestimmt verlautet, beabsichtigt weder der eine noch der andere der beiden Herren sich um ein Mandat zu bewerben. — Prinz Albrecht von Preußen ist nach dem Haag abgereist, um namens des Kaisers der Beizehung des Prinzen von Oranien beizuwohnen.

In mehreren der in diesen Tagen erschienenen Handelskammer-Berichten für das vergangene Jahr wird es dankbar anerkannt, daß die deutsche Regierung fortwährend bemüht ist, die handelspolitische Vertretung des Reiches im Auslande durch Vermehrung der Zahl der Berufskonsulate zu vervollkommen. Man betont dabei die Wichtigkeit der Vorbildung der für den berufsmäßigen Konsulatsdienst zu verwendenden Personen. Vorkünftig hat das Gesetz vom Jahre 1867 bestimmt, daß zum Berufskonsul nur ein Reichsangehöriger ernannt werden kann, welcher 1) entweder die erste juristische Prüfung bestanden hat und außerdem mindestens drei Jahre im innern Dienst oder in der Advokatur und mindestens zwei Jahre im Konsulatsdienste des Reiches beschäftigt gewesen ist oder 2) die (im Jahre 1873 eingeführte) besondere Prüfung für die Bekleidung des Amtes eines Berufskonsuls bestanden hat.

Dresden, 16. Juli. Prinz Georg ist heute Morgen mit den Prinzessinnen Mathilde und Maria Josepha, sowie den Prinzen Johann Georg und Max über Frankfurt und Heidelberg nach Straßburg abgereist, wo sich Prinz Friedrich August demselben zu einer längeren Reise nach der Schweiz und Sigmaringen anschließt.

Leipzig, 16. Juli. Die Anmeldungen der auswärtigen Schützen zum 8. deutschen Schützenfeste laufen ebenso wie die Ehrengaben in bedeutender Anzahl ein. Zur Ausschmückung der Stadt sind umfassende Vorbereitungen getroffen. Der am 20. Juli stattfindende Festzug wird glänzend ausgestattet; die Bauten auf dem Festplatz sind sämtlich vollendet.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Juli. Die theils beim Landgerichte, theils beim Militärgerichte inhaftirten Anarchisten legten ein rückhaltloses Geständniß bezüglich aller in den letzten Monaten verübten Raubmorde ab: Apotheker Linhart in Straßburg, die Heilbronner Familie Eisert und Polizeikommissar Hubel. Die erste Anrede in der Blätterzeitung erfolgte in der Zeitschrift „Rebell“ im Sommer 1883, worin ein geheimes Comité die Beschaffung von Geldmitteln verlangte; die Beute stieß größtentheils in die Parteikasse.

Weitere telegraphische Nachrichten der Blätter entnehmen wir folgendes. Der „F. F. Z.“ wird gemeldet: „Die neuesten Erhebungen ergeben, daß Anfang Oktober 1883 Stellmacher Kammerer aufforderte, an dem Attentate in Straßburg theilzunehmen. Am 21. Oktober trafen beide und ein drittes Individuum in Basel zusammen. Am 22. langten sie in Straßburg an. Stellmacher schlug vor, einen Apotheker zu betrauen zur Erreichung von Gift und Medicamenten. Um jede Spur zu verwischen, wollten sie sich einer Droschke bemächtigen. Solche wurde vor 11 Uhr Nachts gemietet in der Nähe des Bahnhofes und vor die Stadt gefahren. Der während der Fahrt unternommene Kartotirungsversuch an dem Kutscher mißlang, worauf die Insassen flüchteten. Man wartete, bis in der Stadt volle Ruhe eingetreten. Ein Soldat, der sich bei der Festung ihnen entgegenstellte, wurde niedergemacht, worauf zu der Veranbarung des Apothekers Linhart geschritten wurde. Stellmacher wurde von zwei hier anwesenden Straßburger Frauen als die Person anagnostirt, welche an jenem Tage in der Apotheke bettelt. Es ist festzustellen, daß Kammerer Hubel erschoss. Bei Eisert trugen die drei Attentäter Bomben mit sich.“ — Ein Drahtbericht der „K. S. Z.“ besagt: Der Anarchist Kammerer sagte aus, daß die ursprüngliche in der Partei vorhandene Gesamtleitung aufhörte, seit die Anarchisten sich von den Sozialdemokraten trennten. Die Anarchisten nahmen darauf das Gruppenystem an. Die einzelnen Gruppen sind föderativ mit einander verbunden; eine Gesamtleitung gibt es nicht, sondern jede Gruppe arbeitet für sich. Von Kammerer ging seinerzeit in einem Artikel des Blattes „Freiheit“ der Vorschlag zur Ermordung Hubel's, Blösch's und des Polizeiraths Bidig aus. Im Herbst 1883 erschien die erste Nummer des „Rebell“ mit der Aufforderung zur Beschaffung von Geldmitteln zu Parteizwecken. Die Anarchisten, erklärte Kammerer, wußten, was dies zu bedeuten habe; die Anarchistenpartei betrachtete sich als im Kriege mit der menschlichen Gesellschaft, welche von den Anarchisten mit dem Gesamtnamen „Ordnungsheißer“ bezeichnet wird. Alle zum Umsturz des Bestehenden führenden Mittel, selbst was im gewöhnlichen Leben Raub und Mord genannt werde, gilt als berechtigt. „Unsere Waffen sind Dolk, Hade, Revolver und Dynamit“; von eigennütigen Beweggründen, welche der verrathene Fanatiker des Mordes, habe er sich niemals leiten lassen.

Gastein, 16. Juli. Heute früh nahm Kaiser Wilhelm sein erstes Bad. Darauf einstündiger Spaziergang auf der Kaiserpromenade. Abends 7 Uhr machte der Kaiser eine Spazierfahrt nach Bückstein.

Schweiz.

Bern, 16. Juli. Der hier auf Urlaub befindliche Schweizer Gesandte Davier kehrt in den nächsten Tagen auf seinen Posten in Rom zurück.

Frankreich.

Paris, 16. Juli. Der „Straßb. Post“ wird berichtet: Die Angabe hiesiger Blätter, der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe habe gestern im Ministerium des Auswärtigen einen Besuch gemacht, ist nicht begründet. Im Gegentheil erschien Jules Ferry gestern Abend in der Deutschen Botschaft und hinterließ, da er den Botschafter nicht antraf, seine Karte. Ferry wiederholte heute Vormittag 11 Uhr den Besuch und sprach dem Botschafter das lebhafteste Bedauern der französischen Regierung über den Zwischenfall aus. Zugleich zeigte er dem Fürsten Hohenlohe an, daß er die Art und Weise des Verfahrens des Polizeikommissars Gallien, der die Ausschreitungen nicht verhindert habe, für durchaus tabelnswerth und unverzeihlich halte. Jules Ferry fügte bei, er habe es für seine Pflicht gehalten, Gallien sofort zu entlassen. In Betreff der Person des „Pruffen“, der beschuldigt wurde, Beleidigungen gegen Frankreich ausgestoßen zu haben, bin ich im Stande, zu erklären und im Nothfalle zu beweisen, daß die Geschichte vollständig erfunden ist. Ich kenne den Namen des Herrn, der Bayer und Doktor der Philosophie ist. Er war aus Neugierde zum Standbilde der Stadt Straßburg gegangen und hatte sich durchaus schweigend verhalten, bis er von jemand gefragt wurde, ob er Deutscher sei. Da er des Französischen nur unvollkommen mächtig ist, antwortete er nur einige Worte, um die Fragen zu bejahen, worauf die Volksmenge auf ihn einzuhauen begann. Kein anderer sprach ein Wort, das für Frankreich beleidigend erscheinen konnte. Ich verbürge die Wichtigkeit dieser Darstellung. Ob Deutschland andere Schritte thun wird, kann ich nicht sagen; aber nach den freiwilligen Entschuldigungen Jules Ferry's und nach der Entlassung Gallien's gilt es für wahrscheinlich, daß der Vorfall beigelegt ist.

Der Pariser Korrespondent des „Standard“ berichtet über eine Unterredung, die er mit dem Geschäftsführer des Hotel Continental gehabt hat. Derselbe sagte u. A.:

„Das Hotel ist im Wesentlichen ein internationales Etablissement.“

Unsere Kunden sind Leute aus jedem Lande der Welt und wir schmücken unsere Fenster und Ballons für das Nationalfest stets mit den Fahnen einer jeden Nation. Viele Preußen sind unsere Gäste, und da wir nicht Krieg mit Deutschland führen und da die Feindseligkeiten zwischen Frankreich und Deutschland seit länger als dreizehn Jahren zu Ende sind, glauben wir, daß es nur ein gewöhnliches Merkmal der Höflichkeit gegen unsere deutschen Kunden sein würde, deren Fahne, zusammen mit den Flaggen Englands, Belgiens, Italiens, Spaniens, Oesterreichs, der Türkei, Russlands und den übrigen fremden Ländern, auszuflecken. Es ist nicht richtig, zu sagen, wie behauptet worden, daß die deutschen Fahnen ostentativ hervorstechend gemacht wurden. Ich versichere Sie, daß die zwei deutschen Flaggen weniger hervorstechend, als die anderer Nationen ausgefleckt wurden. Gegen 10 1/2 Uhr wurde meine Aufmerksamkeit auf eine ziemlich imposante Kundgebung vor dem Hotel in der Rue de Rivoli gelenkt. Es war der übliche jährliche Aufzug der elsässisch-lothringischen Vereine, der dort auf seinem Marsche zur Straßburger Statue Halt gemacht hatte. Es scheint, daß die Entfaltung der preussischen Fahne Anstoß erregt hatte, und lärmend wurde deren Entfernung verlangt. Ich versprach, daß dies geschehen solle. Ich hielt es für eine höchst ungerechte und unerhörte Beleidigung für eine Nation, mit welcher die französische Regierung auf freundslichem Fuße lebt; allein ich sah, daß ein Widerstand nichts fruchten würde, und um eine Ruhestörung zu vermeiden, ließ ich die zwei preussischen Flaggen herunternehmen. Der Aufzug setzte dann seinen Marsch nach dem Konfordinenplatz fort, aber auf seiner Rückkehr machte er in der Rue de Rivoli vor dem Hotel abermals Halt. Die Volksmenge war größer und in ihrer Haltung drohender als vorher. Die Leute waren nicht zufrieden damit, daß ich die Fahnen hatte einziehen lassen, sondern verlangten, daß dieselben ihnen übergeben werden sollten. Dazu konnte ich mich nicht recht verstehen und sagte demnach den vier Delegirten der Kundgebung, die das Hotel betreten hatten, um die Fahnen zu verlangen, daß dieselben weggeschickt worden wären. Einer derselben sah indes eine der anstößigen Fahnen in einem Winkel stehen. Er ergriff sie und warf sie der Volksmenge zu, welche sie in Stücke riß und verbrannte. Die andere Fahne war dicht neben der großen Einfahrt in der Rue Castiglione ausgefleckt worden. Es war die Vorsichtsmaßregel getroffen worden, die Thore zu schließen, allein in wenigen Minuten waren die Spiegelglas-Fenster zerschmettert von dem Volkshaufen, der die Rue de Rivoli verlassen hatte und der jetzt eingeschlossen war, die andere preussische Fahne zu erlangen. Ich wollte sie nicht aus den Händen geben, allein der Polizeikommissar übergab sie dem Volke, welches sie in Fetzen riß und verbrannte.“ Hier (schreibt der Korrespondent) unterbrach ich den Geschäftsführer des Hotels mit der Frage, ob er wirklich sagen wolle, daß es der Polizeikommissar war, der die Fahne der Volksmenge reichte. Er fuhr fort: „Ja, ich sagte so; aber ich weiß wohl, daß es eine ernste Sache ist, und überhaupt kann ich nicht behaupten, daß der Polizeikommissar sie dem Pöbel wirklich mit eigener Hand übergab. Es waren viele Leute mit ihm, und wenn es nicht der Kommissar gewesen, war es einer seiner Freunde, die dicht neben ihm standen.“

Toulon, 16. Juli, Abends. Im Laufe des Tages zählt man hier 11; in Marseille von früh 10 Uhr bis Abends 7 Uhr 22 Cholera Todesfälle. — Der Minister Waldeck-Rousseau, Raynal und Hérisson besuchten heute die hiesigen Marinehospitaler.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Juli. Der König ist von seiner Reise nach Deutschland und Oesterreich heute Vormittag hieher zurückgekehrt.

Rußland.

St. Petersburg, 16. Juli. Ueber Stadt und Kreis Nishni-Nogorod, sowie die Kreise Balachna, Semenovoff und Gorbatoff wurden vom 13. Juli bis 22. September Maßregeln verschärfter Sicherheitsaufsicht verhängt.

Serbien.

Belgrad, 16. Juli. Meldungen der Blätter über die Vervollständigung des Cabinets werden in Regierungskreisen als verfrüht bezeichnet.

Türkei.

Konstantinopel, 8. Juli. Oesterreich-Ungarn hat der Pforte amtlich angezeigt, daß es seine Postagenturen in Varna und Rustschuk eingehen lassen will. Das erregt in türkischen Kreisen eine begriffliche Freude, weil es die Möglichkeit, das türkische Postwesen selbständig zu machen, in die Nähe rückt. Die beiden Dampfer, welche die hiesige Admiralität in den Postdienst stellen will und die am 10. Juli fertig sein sollten, sind indessen noch in Reparatur, und bei jeder Besichtigung stellen sich an ihnen neue Mängel heraus, so daß die technischen Bedingungen des Betriebes noch nicht eben vertrauenswürdig aussehend. Wir werden nun wohl demnächst ernstliche Bemühungen der Pforte um gänzliche Abschaffung der fremden Posten zu gewärtigen haben. Daß sie das förmliche Recht dazu besitzt, ist nicht wohl abzustreiten; denn die Berechtigung der fremden Staaten, in der Türkei eigene Posten zu halten, ist nicht in den Kapitulationen begründet, sondern nur geduldet. Als der Norddeutsche Bund seine Post hier einrichtete, wurde ausdrücklich festgestellt, daß damit kein Recht geübt, sondern eine Begünstigung verliehen sei. Wenn einmal die österreichischen Beschlüsse zustande gekommen sind, wird es überhaupt schwer sein, den Postverkehr durch andere als türkische Hände gehen zu lassen. Aber wenn auch der Rechtsstandpunkt der Pforte nicht wohl anzugreifen ist, praktisch sieht jeder, der hier korrespondirt, mit geheimem Grauen auf die Möglichkeit, daß die europäischen Posten dereinst eingehen sollten; denn allen liegt die hundertfache Erfahrung im Gedächtniß, daß türkische Postbeamte sich bis jetzt nur durch die vollständigste Unzuverlässigkeit ausgezeichnet haben. Die Mächte werden wohl darauf ausgehen — und sie werden wohl daran thun — ihre Posten so lange wie möglich zu halten, bis die neuen türkischen Einrichtungen gezeigt haben, daß sie besser sind als die alten. — Die serbische Regierung hat die Pforte eingeladen, Kommissäre zu ernennen, welche den Punkt, an dem die Anschlußbahn über die Grenze geht, des näheren feststellen soll. — Die Ostrumelioten beschäftigen sich mit den „Schulden“ ihres frühern Generalsstatthalters. Sie rech-

nen Aleko Pascha nach, daß er dem Provinzialrat 1400 Pfund zu viel entnommen habe und dieselben zurückzahlen müsse. — General v. d. Goltz hat beim Sultan Audienz gehabt und Sr. Majestät eine türkische Uebersetzung seiner Schrift „Das Volk in Waffen“ vorgelegt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Juli.

* Die Centralkommission für die Rheinschiffahrt wird zu ihrer diesjährigen ordentlichen Sitzung am 5. August d. J. in Mannheim zusammentreten. Als Vertreter Badens wird der Großh. Geh. Referendar G. v. Stöffer fungiren.

(Der 16. Jahresbericht des Realgymnasiums) theilt in der Chronik den provisorischen Lehrplan mit, welcher in dem zu Ende gehenden Schuljahr eingeführt wurde und mehrere Erleichterungen gewährt, so daß einschließlich des Turnens und Singens die Klassen aufsteigend nur noch 30 bis 34 Schulstunden wöchentlich haben. Der gesundheitliche Zustand des Schulgebäudes wurde von einer Kommission als allen Anforderungen entsprechend befunden. Der Besuch der Schule war wieder ein sehr erfreulicher. Die Gesamtzahl der Schüler beträgt 415, von welchen im Laufe des Jahres 26 ausgetreten sind, so daß der Bestand am Schluß 389 ist. Von den Ausgetretenen gingen 8 in bürgerliche Geschäfte über, die anderen traten in den öffentlichen Dienst oder andere Schulen ein. Anstaltslehrer sind es 18, dazu noch 3 Religionslehrer für den katholischen und israelitischen Religionsunterricht. Dem Jahresbericht ist eine Fortsetzung des Beitrags zur Geschichte der Anstalt beigegeben, welcher in fünf Abschnitten Verwaltungsbehörde, Aufwand, Stiftungen, Schulgeld und Sammlungen der Anstalt behandelt.

* Eisingen, Amts Vorseheim, 16. Juli. Bei der gestrigen Bürgermeisterversammlung ist der Gemeindevorstand Josef Karst mit 182 von 175 abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister für Eisingen gewählt worden.

— Mannheim, 15. Juli. (Zum Brand im Central-Güterbahnhof.) Verschiedene hiesige und auswärtige Blätter bringen bereits detaillierte Nachrichten über den Schaden an Waaren, den der am Sonntag Abend stattgehabte Brand der großen Westhalle I im Central-Güterbahnhof verursacht haben soll. Nach den zuverlässigsten Informationen kann die „F. F. Z.“ mittheilen, daß sich ein genauer Ueberblick hierüber erst in 3—4 Tagen gewinnen lassen wird, da eintheils die Bücherauszüge noch nicht gefertigt werden konnten, andertheils aber auch noch Korrespondenzen mit auswärtigen Häusern und Versicherungsgesellschaften gepflogen werden müssen. Annähernd dürfte sich der Gesamtverlust auf über 300,000 M. belaufen. Es ist bis jetzt festgestellt, daß in der Halle eingelagert waren: ca. 600 Ballen Kaffee, 260 Ballen Baumwolle, 55 Ballen Schafwolle, 100 Ballen Kummel, eine größere Partie Weizen, Del, Theer, Spirit und viele leere Säcke. Bei der Versicherung sind betheiligt die Effener, Schleifische und Französische Böhmische Gesellschaft.

— Mannheim, 16. Juli. (Ausstellung.) Am 27., 28. und 29. Juli findet in Mannheim eine große Ausstellung von Erzeugnissen, Maschinen, Geräthschaften und Bedarfsartikeln der Bäckerei, Konditorei und Fleischererei im Stadtpark statt. An denselben Tagen wird der 3. Badische Bäckertag abgehalten. Die „Allgemeine Bäckerei- und Konditor-Zeitung“ in Stuttgart, das offizielle Organ des Verbandes, gibt eine Festnummer heraus.

— Aus dem Breisgau, 15. Juli. (Die Roggenernte) ist bereits eingeleitet, fällt aber so gering aus, daß vielfältig der Körnerertrag die Dreifachkosten nicht decken würde und daher die leichte Frucht gar nicht gedroschen wird. Für die andern Getreidesorten, namentlich Weizen und Gerste, deren Ernte nunmehr ebenfalls beginnt, hegt man bessere Hoffnungen.

— Säckingen, 15. Juli. (Schwarzwaldb-Verein.) Die Mitgliederzahl der kürzlich hier gegründeten Sektion des Schwarzwaldb-Vereines hat sich bei einem jährlichen Beitrag von 5 M. für jedes Mitglied nahezu auf 100 gesteigert. Da die Hälfte der hieraus erzielten Einnahmen für Verschönerungen am hiesigen Platz verwendet werden, außerdem ein namhafter Beitrag hierzu von Seite des Schwarzwaldb-Vereines in Aussicht steht, so dürfte endlich der Zeitpunkt gekommen sein, manches erkennen zu sehen, was in unserer Gegend, obwohl diese von der Natur so sehr begünstigt ist, trotzdem schwer vermehrt und deshalb längst gewünscht wurde.

— Meßkirch, 15. Juli. Seit Jahren waren die Ablach und deren Nebenbäche, die in den 40r und 50r Jahren wenigstens reichlich Raubfische aufwies, von Fischen ganz entblüht, indem die Fischpächter, gewöhnlich müßige Leute, den ganzen Fischbestand ausraubten, und man hätte leicht der Meinung werden können, daß in dem Wasser der Ablach kein Raubfisch mehr, geschweige denn bessere Sorten vorkommen könnten. Es erschien daher gewagt, als im vorigen Jahre auf unermüdeliches Betreiben des Hrn. Forstverwalters Dinzer und unter unterstützender Mitwirkung des Hrn. Amtsvorstandes Teubner hier endlich eine Fischereigenossenschaft gegründet wurde und Ersterer es mit bedeutendem Kostenaufwand unternahm, die Ablach und deren Nebenbäche mit Forellen und Karpfen zu beböcken. Die „Konstanzer Zeitung“ konstatiert nun mit Vergnügen, daß mit verschwindender Ausnahme sämtliche betheiligte Gemeinden des hiesigen und des Bezirks Stodach und die Privaten dem gemeinnütigen Streben ihr Wohlwollen entgegenbrachten, und bemerkt bez. des bereits erzielten Erfolges, daß jetzt schon Forellen im Gewichte von 40 bis 60 Gramm zum Vorschein kommen. In einer Zeit, wo die Lebensmittel theuer und der Verdienst klein ist, verdienen derartige Bestrebungen zur Verwertung bisher unbenutzter Gelegenheiten volle Anerkennung.

* Billingen, 15. Juli. (Zustimmungsadresse.) Der hiesige Gewerbeverein hat in einer gestern Abend abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung beschlossen, folgende Resolution an den Reichstagskanzler abgeben zu lassen: „Die heutige Versammlung des Gewerbevereines Billingen spricht namens der auf die Ausfuhr angewiesenen Industrie der Reichsregierung den ehrerbietigsten Dank aus für die Fürsorge, welche dieselbe den überseits Verbindungen zuwenden und diese insbesondere durch die Vorlage des Gesetzentwurfes betreffend die Unterstützung deutscher Dampferlinien nach Ostafrika und Australien betätigt hat. Die Versammlung erklärt sich einverstanden mit den von dem Herrn Reichstagskanzler bei diesem Anlasse entwickelten Grundgedanken und beugt das feste Vertrauen, daß derselbe allezeit Deutschlands Ehre und Interessen energisch und umsichtig wahrnehmen wird.“ Es wurde auch beschlossen, den übrigen Vereinen des Schwarzwaldb-Gewerbeverbandes von dieser Resolution Kenntniß zu geben, um dieselben zu veranlassen, sich dieser Resolution anzuschließen.

